

Vorschläge für eine Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten
der Europäischen Gemeinschaften und anderen europäischen Ländern

<u>1. Teil: Handelspolitische Zusammenarbeit</u>	
A. Allgemeines	S. 1
B. Industrie	3
C. Agrarprodukte	5
D. GATT-Aspekte	8
<u>2. Teil: Zusammenarbeit auf anderen Gebieten</u>	
E. Konjunktur- und Währungspolitik	10
F. Europäische Handelsgesellschaft	11
G. Europäisches Patent	15
H. Technologie	17

Die Ziffern I. - III., die durchgehend soweit wie möglich verwendet werden, beziehen sich auf:

- I. "Deutsche Vorschläge vom 7.3.1968 für die handelspolitische und technologische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften und anderen europäischen Ländern"
- II. "Avis de la Commission au Conseil concernant certains problèmes consécutifs aux demandes d'adhésion du Royaume-Uni, de l'Irlande, du Danemark et de la Norvège" vom 2.4.1968 [Dokument COM (68)210]
- III. Bemerkungen dazu aus schweizerischer Sicht

1. Teil: Handelspolitische ZusammenarbeitA. Allgemeines

I. Die Arrangements sollen laut den deutschen Vorschlägen geeignet sein, folgenden Erfordernissen gerecht zu werden:

1. Kein negatives Präjudiz für einen späteren Beitritt gemäss RV, 237 [A.8, 1. Absatz].
2. Keine Automatik in Richtung grosse Lösung (um nicht französisches Veto zu provozieren) [A.8].
3. Abgewogene Rechte und Pflichten auf der Grundlage der Gegenseitigkeit [A.2].
4. GATT-Konformität [A.2].
5. Stufenweise Durchführung des Arrangements innert weniger Jahre [A.3].
6. Bereits abgebaute Handelshemmnisse, wie diejenigen innerhalb der EFTA, sollten nicht wieder aufgerichtet werden [A.7].

II. Das Kommissionspapier bestätigt alle diese Bedingungen direkt oder indirekt. Es präzisiert:

- ad 4. dass eine Lösung, die des "Waivers" bedarf, nicht in Frage kommt [S.9, 4. Absatz];
- ad 5. dass das Abkommen in bezug auf Beginn, Dauer, Inhalt und Rhythmus im Prinzip für alle Partner gleich zu sein hat [S.10, letzter Absatz].

Ferner wird Gewicht darauf gelegt, dass lockere Konsultationsverfahren vorzusehen sind, die das Funktionieren der Gemeinschaft nicht zusätzlich erschweren [S.11, letzter Absatz].

III. Vom schweizerischen Standpunkt aus ist zu bemerken, dass weder das deutsche, noch das Kommissionspapier deutlich machen, ob die Abkommen mit allen EFTA-Staaten geschlossen werden oder nur mit einigen von ihnen [deutsches Papier: Einleitung 1. und 2. Absatz, A.1, A.6 und C.3; Kommissionspapier: S. 9, 3. Absatz, einschliesslich Fussnote, sowie S. 9, 2. Absatz].

- 2 -

Die vorliegenden Texte geben keine Anhaltspunkte für spezielle neutralitätspolitische Bedenken unter Vorbehalt des Konsultationsverfahrens und der technologischen Zusammenarbeit, sofern sich diese auf militärische Fragen erstrecken sollten [Kommissionspapier S.11 ff., speziell S. 13, 2. Absatz, und S. 14 ff.].

B. Handelspolitische Vereinbarungen: Industrie

I. Die deutschen Vorschläge sind wie folgt umschrieben:

1. Europäische Präferenzzone [A.1].
2. Progressiver Zollabbau, vorzugsweise linear, nicht sektoral, beschränkte Ausnahmenliste, die schrittweise zu verringern wäre [A.4].
3. Mengenmässige Beschränkungen und Massnahmen gleicher Wirkung sollen abgeschafft werden [A.4, 2. Absatz].
4. GATT-Konformität (Artikel XXIV) [A.2].
5. Die bereits abgebauten Handelshemmnisse, wie die innerhalb der EFTA, sollen nicht wieder aufgerichtet werden [A.7].
6. Ursprungsregelungen und Schutzklauseln können vorgesehen werden [A.7].
7. Das Arrangement stützt sich ausschliesslich auf RV Art.110 ff. Es ist keine Assoziierung gemäss RV 238 [A.8].
8. Die Modalitäten der Präferenzzone sind multilateral mit allen Teilnehmern auszuhandeln [A.6].
9. Die Präferenzzone soll einheitlich gestaltet werden [A.6].

II. Die Kommission bemerkt dazu:

- ad 2.: Für Produkte, die für hochentwickelte Industrien bedeutsam sind, könnte ein substantieller oder gar 100%iger Abbau der Handelshemmnisse im europäischen Rahmen eintreten, eventuell auch für andere Industrie-Erzeugnisse [S.7, letzter Absatz, und S.10, 1. Absatz, 2. Punkt].
- ad 4.: Kommission schliesst die Möglichkeit des "Waivers" nach GATT-Artikel XXV ausdrücklich aus [S.9, 4. Absatz] und verwendet den gleichen Wortlaut wie GATT-Artikel XXIV, ohne diesen zu nennen.
- ad 5.: Diese Bedingung wird nicht erwähnt. Die Zitate [S.9, 3. Absatz, einschliesslich Fussnote, und S. 9, 2. Absatz] deuten

eher auf eine Ablehnung des Postulats der Erhaltung der EFTA-Zollfreiheit.

ad 6.: Durch den Hinweis auf eine progressive Anpassung an den Gemeinsamen Tarif, falls die Zollsenkungen 30 % erreichen, wird eine Freihandelszonenartige Lösung ausgeschlossen [S.9, 2. Absatz, und S. 10, 1. Absatz, 4. Punkt]. Ferner werden geeignete Schutzklauseln zur Reduktion von eventuellen Wettbewerbsverzerrungen stipuliert [S.8, letzter Absatz, und S. 10, 1. Absatz, 5. Punkt], worunter wohl Wirtschaftsunionen-Elemente und deren Harmonisierung verstanden sind.

ad 8.: In diesem Zusammenhang ist bedeutsam, dass die Kommission annimmt, ein solches Arrangement mit den Kandidaten würde die Absicht der übrigen Länder der EFTA, präferenzielle Beziehungen mit der Gemeinschaft zu errichten, stärken [S.9, 3. Absatz].

Die übrigen Punkte des deutschen Vorschlags sind im Kommissionspapier direkt oder indirekt enthalten.

III. Aus schweizerischer Sicht stellt sich die Frage, welche Gegenleistungen von uns gefordert werden. Besonders wichtig ist ferner, ob ein linearer Zollabbau (mit Ausnahmen) oder ein sektoraler Zollabbau angestrebt werden. Bei einem linearen Zollabbau ohne Ausnahmen wäre es weniger wichtig, dass wir von Anfang an dabei sind. Sektorale Vereinbarungen oder das Aushandeln von Ausnahmen berühren in jedem Fall zentrale schweizerische Interessen.

Ferner haben wir uns bewusst zu sein, dass ein solches Zollabkommen die wirtschaftliche Bedeutung der EFTA-Präferenzen reduziert und dass die Schweiz gegenüber dritten Ländern von der Meistbegünstigung abgeht.

Dieser letztere Punkt ist speziell bedeutsam gegenüber den USA. In solches Abkommen würde Rückwirkungen auf die amerikanischen Exporte nach und die Investitionstätigkeit amerikanischer Firmen in Europa haben mit entsprechenden Folgen für die amerikanische Zahlungsbilanz.

C. Handelspolitische Vereinbarungen: Agrarprodukte

I. Das deutsche Papier skizziert die Abreden im landwirtschaftlichen Bereich wie folgt:

1. Zölle werden, soweit solche bestehen, in gleicher Weise wie die gewerblichen Zölle abgebaut [A.5].
2. Eine gegenseitige Vorzugsbehandlung durch Einfuhrerleichterungen für wichtige Erzeugnisse wird vereinbart [A.5].
3. Die gegenseitigen Agrarzugeständnisse sollen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen [A.5].
4. Der Rhythmus der Ausweitung des landwirtschaftlichen Warenaustausches soll in einem angemessenen Verhältnis zu dem des gewerblichen Warenaustausches stehen [A.5].
5. Den geltenden Agrarsystemen der Mitgliederländer des Arrangements sollte Rechnung getragen werden [A.5].
6. Es wird an Abschöpfungs- und Zollabschläge à la Kennedy-Runde --- Abkommen mit Dänemark über Verarbeitungsrinder sowie an Liefer- und Abnahmekontrakte, wie sie in den ersten Jahren der EWG zwischen den Mitgliederländern vereinbart worden waren, gedacht [A.5].
7. Im Gegensatz zur industriellen Präferenzzone sollen die Abreden im landwirtschaftlichen Bereich weitgehend bilateral verhandelt werden, d.h. zwischen der EWG und den einzelnen Kandidaten.

II. Die Kommission führt die Gedanken etwas weiter, indem sie präzisiert, dass die Agrarabkommen keine Vorbereitung zu einem späteren Beitritt darstellten, wenn sie einzig in Funktion der bestehenden Landwirtschaftspolitik in den Kandidatenländern konzipiert werden. Daraus ist zu schliessen, dass die Bedingung unter 5. nur das Agrarsystem der EWG deckt, nicht aber jene der Kandidaten [S.9, 1. Absatz].

Die gegenseitigen Präferenzen für Agrarprodukte, die in der EWG einer Preispolitik unterworfen sind, hätten für das Austauschsystem zu vereinbarende Preise vorzusehen, die an die Gemeinschaftspreise anzunähern wären [S.10, 1. Absatz, 3. Punkt]. Die Präferenzen

sollen Agrarprodukte umfassen, bei denen der Handel beträchtlich ist oder werden könnte.

Ferner weist die Kommission ausdrücklich auf die enttäuschenden Ergebnisse im Agrarbereich bei der Anwendung von Art. 45 RV hin, wodurch die deutsche Anregung betreffend Liefer- und Abnahmekontrakte unter 6. disqualifiziert wird.

III. Vom schweizerischen Standpunkt aus ist klar zu erkennen, dass das Hauptinteresse der EWG an diesen zwischen Frankreich und Deutschland konzipierten Arrangements darin besteht, die Agrarüberschüsse der EWG den Beitrittskandidaten zu verkaufen. Dieser Verkauf soll nicht wie bisher zu Weltmarktpreisen mit Erstattungen zu Lasten des Agrar-Fonds erfolgen, sondern zu Preisen, die den Inner-EWG-Preisen angenähert sind.

Die im Agrarsektor zu schliessenden Vereinbarungen würden also feste Mengenverpflichtungen zu festen (höheren) Preisen beinhalten.

Der Agrarhandel zwischen den einzelnen EFTA-Ländern und der EWG ist stark unterschiedlich strukturiert (Statistik des Integrationsbüros vom 21.3.1968).

Mengenmässige Bezugsverpflichtungen müssten bei dem vorgesehenen System nicht unbedingt höhere Mengen umfassen als bisher. Eine Preisvereinbarung selbst nur für einen Teil der traditionellen EWG-Exporte wäre denkbar.

Durch solche Vereinbarungen können die Agrarpräferenzen innerhalb der EFTA aus den Angeln gehoben werden. Wenn der vereinbarte Preis um mehr als den Zoll über dem Weltmarktpreis liegt, so stellen sich die EWG-Lieferanten gegenüber den EFTA-Lieferanten (so weit diesen Zollfreiheit zugestanden worden war) besser, und zwar sowohl hinsichtlich des Preises als auch der Abnahmegarantie.

Die zu vereinbarenden Abnahmekontrakte würden England, Dänemark und Irland^{u.U.} verpflichten, der EWG für ihre Agrarerzeugnisse höhere Preise als ihren eigenen Bauern zu bezahlen. Für England ergäbe sich ein beträchtliches Zahlungsbilanz-Problem.

Die Verteuerung der Agrareinfuhren wird Rückwirkungen auf die Lebensmittelpreise haben. Dies führt zu Lohnsteigerungen. Je nach den vereinbarten Preisen für die importierten Agrarprodukte ist es möglich, dass dadurch der Konkurrenzvorteil aus den vereinbarten Zollsenkungen im Industriesektor wieder wettgemacht wird.

Die Negotiation dieser Abkommen dürfte ausserordentlich schwierig werden, weil folgende Interessengleichgewichte im Agrarsektor gewahrt sein müssen:

- die Interessen der einzelnen Mitgliederländer der EWG,
- die Interessen zwischen jedem einzelnen Kandidatenland und der EWG,
- die Interessen zwischen der EWG als Ganzem und der Gesamtheit der Kandidaten,
- zwischen den Industrie- und den Agrarzugeständnissen.

Da die schweizerischen Petita im Agrarsektor im wesentlichen bereits in der Kennedy-Runde erfüllt wurden und nur noch Randsektoren (Schachtelkäse, Milchpulver, Obst etc. etc.) zu regeln sind, werden den grossen EWG-Forderungen nur geringe schweizerische Gegenforderungen gegenüberstehen. Die besondere Problematik eines Ungleichgewichts der Konzessionen zeigt sich hier deutlich.

Andererseits kämen Vereinbarungen mit der EWG, durch die die Erstattungen auf deren Ausfuhren nach der Schweiz reduziert oder beseitigt werden, gewissen Begehren der schweizerischen Landwirtschaft entgegen (siehe Käse-Importe aus Frankreich).

Zur Illustration diene, dass die Mehrkosten der schweizerischen Agrareinfuhren, wenn wir unser bisheriges Importvolumen zu vollen EWG-Preisen beziehen würden, 300 Millionen Franken jährlich mehr betragen würden.

Am Rande sei auch das Administrierungsproblem solcher Abnahmeverpflichtungen zu höheren als Weltmarktpreisen erwähnt.

D. GATT-Aspekte

Die Problematik der GATT-Konformität ist eingehend erläutert in der Notiz vom 29.3.1968 (777.03/776.18.1).

- Sowohl die deutschen Vorschläge wie das Kommissionspapier vom 2. April sehen vor, dass das Arrangement den Regeln des GATT (vor allem denjenigen über Zollunion und Freihandelszone) entsprechen soll.
- Die Kommission befürchtet, dass ein Präferenzabkommen unter den industrialisierten Ländern Europas ernsthafte Einwände der übrigen GATT-Mitglieder hervorrufen könnte.
- Nach Kommissionsauffassung dürfte es indessen möglich sein, solche Einwände in dem Masse zu entkräften, als das Programm zur Beseitigung der Handelshemmnisse für einen wesentlichen Teil ("pour l'essentiel") des Handelsaustausches präzisiert wird". Damit wird auf den Wortlaut von GATT-Artikel XXIV, Ziff. 8, ohne ihn zu nennen, Bezug genommen.
- Die Anrufung von GATT-Artikel XXV ("Waiver") sollte vermieden werden.

Unter formellen, d.h. GATT-rechtlichen Aspekten dürfte die Problematik um so geringer sein,

- je umfassender der vom Zollabbau in der Präferenzzone erfasste Warenaustausch ist (Art. XXIV, Ziff. 8);
- je genauer das Programm für die vollständige Beseitigung der Zölle oder anderen Handelshemmnisse, d.h. zur Bildung einer Zollunion oder Freihandelszone, formuliert wird (XXIV, Ziff. 5c).

Der französische Widerstand gegen jegliche automatische Weiterführung der Präferenzlösung bis zu einem Zollabbau auf Null (identisch mit Beitritt der Arrangement-Mitglieder zur EWG als Zollunion oder grosser Freihandelszone) steht im Widerspruch zu diesem GATT-Erfordernis;

- je kürzer die Uebergangszeit bis zum vollständigen Zollabbau ist (XXIV, Ziff. 5c).

GATT-rechtlich erschwerend würde sich auswirken,

- wenn die vorgesehene Angleichung der Zölle an den Gemeinsamen Aussentarif der EWG für die Drittstaaten im gesamten eine höhere Zollbelastung als die Gesamtbelastung vor dem Arrangement ergäbe.

Die faktischen, handelspolitischen Einwände der übrigen GATT-Mitgliedstaaten dürften um so grösser sein,

- allgemein: je gewichtiger die materielle Bedeutung der Präferenzregelung und somit die daraus voraussichtlich resultierende Diskriminierung sein werden;
- z.B. von seiten der USA oder Japans: je mehr z.B. europäische technologische Spitzenprodukte, die in Konkurrenz zur entsprechenden amerikanischen oder japanischen Produktion stehen würden, besonders bevorzugt würden (z.B. Zollabbau auf Null).

2. Teil: Zusammenarbeit auf anderen Gebieten

E. Konjunktur- und Währungspolitik

Die Notiz vom 19.3.1968 (EE. 777.03.0) mit Ergänzung vom 4.4.1968 kann wie folgt zusammengefasst werden:

Die Konjunktur- und Währungspolitik kam in das deutsche Papier auf Grund der Anregungen des italienischen Papiers vom 23. Februar 1968. Es stehen keine weittragenden Erwägungen oder Absichten hinter der Aufnahme dieses Traktandums als Gegenstand von Vereinbarungen.

Innerhalb der EWG ist der Standpunkt in den wichtigen Währungsfragen uneinheitlich.

Es kann davon ausgegangen werden, dass das Währungsproblem vorläufig noch keine dauerhafte Lösung gefunden hat. Es wird also weiterhin zu internationalen Währungsgesprächen kommen.

Das Währungsproblem wird bisher bereits in den verschiedensten Gremien behandelt, in denen die Schweiz meist mitwirkt. Da nicht gesagt werden kann, welchen Gremien schliesslich die wichtigste Funktion zukommt, empfiehlt sich für ein Land, das in diesem Bereich Interessen zu vertreten hat, möglichst an allen Orten seinen Standpunkt zu verfechten.

Wenn es zu einer Zusammenarbeit in Währungsdingen zwischen den europäischen Ländern kommt, so hat die Schweiz sicherlich ein Interesse, hier zu versuchen, ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen.

Es ist nicht möglich, ein Währungssystem gegen die EWG durchzusetzen, wohl aber gegen die Schweiz, wenn sie allein steht.

Die Schlussfolgerung lautet also, dass die Schweiz ein Interesse daran hat, an allen Bemühungen innerhalb Europas zu einer Koordinierung der Standpunkte in Währungsfragen zu gelangen, von Anfang an mitwirken zu können.

In bezug auf die Konjunktur gilt im wesentlichen das Gleiche. Es besteht kein Grund, sich von derartigen Bestrebungen zu distanzieren.

F. Europäische Handelsgesellschaft: société commerciale européenne (SE)

Voir note du Bureau de l'intégration du 11 avril 1968 (EE.777.17.3)

I. Les propositions allemandes

Dans la note du 7 mars 1968, le passage concernant la société européenne (SE) contient deux idées principales:

- a) Le but à atteindre par la création d'une SE est tout à fait compatible ("verträgt sich durchaus") avec une participation immédiate ("sofortige Heranziehung") d'autres pays européens. En clair, cela signifie que, sans y tenir, les Allemands ne voient pas d'inconvénient à ce que des pays tiers participent aux travaux concernant la SE avant même que les Six aient signé une convention à ce sujet.
- b) La SE aurait une signification pratique accrue si d'autres pays européens participaient à son élaboration. Toutefois, parmi ces "autres pays", seuls sont mentionnés expressément les candidats à l'adhésion.

II. L'avis de la Commission

Dans son avis du 2 avril 1968, la Commission souhaite que la convention créant une SE soit signée et ratifiée par les Six dans un délai de 2 à 4 ans. Cette convention serait une des mesures permettant à la Communauté d'être "mieux préparée le moment venu à recueillir les avantages de l'élargissement". Sans le dire, la Commission exclut donc la possibilité de faire participer des Etats tiers à l'élaboration de la convention sur la SE. Seule reste ouverte la question d'une adhésion de pays tiers après signature de la convention par les Etats membres. Cette constatation est d'ailleurs confirmée par les informations que nous avons reçues de Bruxelles.

III. Intérêt de la Suisse à la Société européenne (SE)

1. Les milieux de l'économie suisse ne se sont pas encore prononcés de façon officielle sur l'opportunité et les problèmes d'une participation de notre pays aux travaux concernant la SE. Cependant, le "Centre d'études juridiques européennes" a organisé, en novembre 1967, un débat entre représentants de diverses industries suisses sur une étude de M. A. Hirsch, consacrée à l'avant-projet Sanders. De cette discussion, les tendances suivantes peuvent être dégagées:

- a) les entreprises suisses auraient intérêt à pouvoir utiliser dans la CEE la forme juridique de la SE, dès le moment où celle-ci viendrait à bénéficier de certains privilèges par rapport aux autres formes de sociétés, p. ex. dans le domaine fiscal;
- b) les entreprises suisses auraient intérêt à ce que le statut définitif de la SE soit plus libéral que ne le prévoit l'avant-projet Sanders. La discussion, qui n'a porté que sur un nombre limité de problèmes, a déjà fait apparaître plusieurs desiderata: possibilité des sociétés ayant leur siège en Suisse de constituer des SE-holding dans la CEE, autorisation des actions au porteur, allègement des règles limitant l'interdiction du transfert des actions nominatives, moindre publicité des conventions de vote, limitation de la responsabilité de la société-mère pour les dettes de la société-fille. Les opinions esquissées ci-dessus sont en partie confirmées dans une déclaration adoptée le 17 octobre 1967 par la Chambre de commerce internationale (CCI). Celle-ci estime que la création de la SE pourrait favoriser la concentration d'entreprises en Europe - ce que l'élargissement des marchés rend aujourd'hui souhaitable -, à condition que les systèmes fiscaux nationaux soient également aménagés pour faciliter de telles concentrations. D'autre part, la CCI insiste sur la nécessité de prévoir pour la SE un régime assez souple, et d'en ouvrir l'accès aux entreprises établies dans les pays non-membres de la CEE.

Comme on le voit, la participation de la Suisse à l'élaboration d'un statut de SE peut paraître utile. Il conviendrait toutefois de s'assurer auprès des grandes associations professionnelles que telle est aussi leur impression.

- 13 -

2. La Suisse pourrait, sans grandes difficultés, introduire le statut de la SE dans son ordre juridique interne. Comme ce statut a peu de chances d'être plus libéral que le droit suisse des sociétés, notre pays n'aurait pas à craindre que la SE évince les autres formes juridiques de sociétés. Ce risque se présente surtout dans les pays où le droit des sociétés est plutôt restrictif, comme c'est le cas dans plusieurs Etats membres de la CEE.

3. Si la Suisse introduisait le statut de la SE dans son ordre juridique interne, elle rendrait encore plus attrayante qu'aujourd'hui l'installation de sociétés étrangères sur territoire suisse. (La CEE pourrait d'ailleurs invoquer ce fait pour refuser un accord avec la Suisse sur la SE.) Les recettes fiscales provenant de l'imposition des sociétés s'en trouveraient améliorées.

Il convient toutefois de relever que la participation de la Suisse à un accord sur la SE pourrait être mise en question, si elle était subordonnée à l'obligation de conclure certains arrangements fiscaux.

4. L'adoption par la Suisse du statut de la SE pourrait devenir problématique si l'interprétation du statut et la définition des règles complémentaires (droit subsidiaire) étaient confiées non pas à des organes paritaires mais à des organes de la Communauté, comme la Commission ou la Cour de justice. Ces difficultés pourraient être évitées, si l'interprétation du statut était assurée en dernier ressort par un organe judiciaire international non communautaire, et si le droit subsidiaire était déterminé soit par des règles générales de droit international, soit par le droit national.

5. Si l'on admet qu'une participation de la Suisse est utile, il faut encore se demander si elle est urgente. En effet, les entreprises de notre pays - du moins les plus grandes d'entre elles - disposent dès à présent de divers moyens pour opérer des concentrations avec des entreprises de la CEE (elles peuvent p. ex. créer dans plusieurs Etats membres des sociétés-holding ou des sociétés "parallèles" de type classique, dirigées par le même groupe de personnes). Ces moyens, elles les conserveraient même si la SE voyait le jour.

D'autre part, il est peu probable que la SE soit à tout point de vue inaccessible aux entreprises de pays tiers. Dans l'analyse de l'avant-projet Sanders, nous avons signalé que celles-ci pourraient p. ex. donner la forme de SE à leurs filiales dans la CEE, ou utiliser le cadre juridique de SE abandonnées (Aktienmantelkauf).

D'autre part, si la SE venait à bénéficier de certains avantages fiscaux dans la CEE, il n'est pas exclu que ces avantages soient également accordés dans les cas où des concentrations seraient opérées sans formation de SE. En effet, la CEE cherche à favoriser les concentrations en général, et pas seulement celles qui pourraient s'accomplir dans le cadre de SE.¹⁾ Dès lors, les entreprises suisses participant à des opérations de concentration, même en dehors de la forme juridique de la SE, pourraient aussi profiter des avantages fiscaux en question.

Enfin, les entreprises suisses n'éprouvent pas aujourd'hui des difficultés de financement telles qu'elles ne sauraient se passer des avantages que la SE pourrait présenter à cet égard (droits plus étendus des actionnaires, publicité plus large des comptes, de la gestion et des attaches de la SE avec d'autres sociétés).

¹⁾ Si les privilèges fiscaux étaient réservés aux SE, celles-ci évinceraient les autres formes de sociétés, ce que les Etats membres de la CEE veulent précisément éviter.

G. Europäisches Patent

Seit der EWG-Krise von 1965 sind die Arbeiten am Entwurf für eine EWG-Patentrechtskonvention nicht mehr weitergeführt worden. Ungelöst war vor allem das Problem der Teilnahme von Drittstaaten geblieben, von denen insbesondere Grossbritannien sich mit der für Nicht-Mitgliedstaaten der EWG im Entwurf vorgesehenen Möglichkeit der Assoziation, d.h. einer Mitgliedschaft minderen Rechts, nicht begnügen wollte. Zu seiner Lösung hatte Holland den Gedanken einer sogenannten Doppelkonvention vorgebracht, wonach der ein materielles EWG-Patent statuierende EWG-Entwurf ohne Aenderung in den Rahmen einer zweiten umfassenden Konvention gestellt werden soll. Durch die Rahmenkonvention würde lediglich das Patenterteilungsverfahren vereinheitlicht, also die Möglichkeit geschaffen, mit einer einzigen Patentanmeldung ein Bündel nationaler Schutzrechte, so auch das einheitliche EWG-Schutzrecht, zu erwerben. Mitglieder der Rahmenkonvention wären, alle mit vollen Rechten, sämtliche interessierten Staaten, während die engere Konvention sich auf die Mitgliedstaaten der EWG beschränken würde. Frankreich hat auf den holländischen Vorschlag nie eintreten wollen; auch die Bundesrepublik scheint ihn abgelehnt zu haben.

- I. Beim Kiesinger-Besuch in Paris vom 15./16. Februar 1968 soll auch das Patentproblem erörtert worden sein und es habe sich gezeigt, dass Frankreich aus industriepolitischen Gründen sehr an einem Fortschritt der Arbeiten der EWG-Partner interessiert ist. Allerdings entspreche der bisherige EWG-Konventionsentwurf nicht mehr seiner neuen Konzeption und müsse überarbeitet werden. Die Ausführungen über ein europäisches Patent in den "Deutsche Vorschläge vom 7. März 1968 für handelspolitische und technische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften und andern europäischen Ländern" sind offenbar von dieser angeblich günstigen französischen Disposition inspiriert. Darin wird vor allem angeregt, mit der Zusammenarbeit im Patentbereich könnte unabhängig von den übrigen Punkten eines Arrangements begonnen, die Patentfrage also mindestens zeitlich

vor den andern behandelt werden. Das europäische Patent wäre nach dem Text der deutschen Vorschläge "auf die Gemeinschaft abzustellen und den Beitrittskandidaten die Möglichkeit einzuräumen, sich schon vorher (d.h. vor dem Beitritt zur Gemeinschaft als Vollmitglied) in einer noch zu präzisierenden Weise am Patent zu beteiligen. Hierzu sollten demnächst Kontakte mit Grossbritannien aufgenommen werden, ohne dass die Sechs damit ihre bisherige Zielsetzung aufgeben". Wie Informationen aus dem Auswärtigen Amt in Bonn besagen, "hoffe man dort auch hinsichtlich des Patentrechts darauf, dass die übrigen EFTA-Länder schliesslich beigezogen werden können". Es fehlen zuverlässige Anhaltspunkte darüber, in welcher Form diese Zuziehung nach deutschen Vorstellungen erfolgen könnte. Insbesondere ist das Verhältnis der deutschen Vorschläge zum holländischen Doppelkonventionsgedanken nicht klar. Den Holländern selber scheint jedes Mittel recht, welches zum britischen Beitritt führt, und ihre jetzige Einstellung ihrem früheren Vorschlag gegenüber ist deshalb pragmatisch.

II. Im Gutachten der Kommission vom 2. April 1968 wird der Abschluss einer Patentrechtskonvention unter den Sechs innert zwei bis vier Jahren gefordert und verklausuliert von der Möglichkeit einer Berücksichtigung von Wünschen der Beitrittskandidaten gesprochen. Die deutsche Idee, als Gegenstand der Zusammenarbeit mit den beitriftswilligen Ländern das Patentrecht vorwegzunehmen, greift die Kommission nicht auf.

III. Nach Bekanntwerden des holländischen Vorschlags für eine Rahmenkonvention postulierte Grossbritannien in der EFTA dessen Unterstützung. Die EFTA-Arbeitsgruppe "Patente" hat daraufhin einen Entwurf für eine solche Rahmenkonvention bis ins Einzelne ausgearbeitet. Dieser Entwurf eignet sich grundsätzlich für eine Zusammenarbeit der EFTA-Staaten mit der EWG ebensogut wie für eine lediglich auf die EFTA beschränkte Zusammenarbeit im Sinn der Gegendiskriminierung. Er liegt jedoch gegenwärtig bei den Akten, ohne je verwendet oder publiziert worden zu sein; der britische Beitrittsantrag sowie der auf Anstoss der USA im "BIRPI" (Bureaux Internationaux Réunis pour la Protection Intellectuelle) unternommene Versuch, im weltweiten Rahmen

eine Rationalisierung des internationalen Patentwesens herbeizuführen, haben der Idee einer Doppelkonvention zur Zeit jede Aktualität genommen. Die EFTA-Arbeitsgruppe erörterte infolgedessen letztlich lediglich den "BIRPI"-Plan, welcher nunmehr vor allem in britischer Sicht den Vorrang vor einer EFTA-internen Zusammenarbeit oder gar einem Vorgehen gegenüber der EWG hat. Zur Instaurierung einer umfassenden EFTA-internen Patentzusammenarbeit mit dem Nebenzweck einer Ausübung eines Druckes auf die EWG sind neue Richtlinien zuhanden der EFTA-Arbeitsgruppe "Patente" erforderlich.

IV. Die Schweiz hat bei der EWG-Kommission und in den Hauptstädten der Sechs zweimal zwecks Zulassung zu den Entwurfsarbeiten schriftlich interveniert. (Noten vom 24. September 1963 und vom Februar 1964). Beide Male wurde das Ersuchen mit der Begründung abgelehnt, zuerst müssten sich die Sechs eben hinsichtlich der Modalitäten für die Teilnahme von Drittstaaten einig werden. Immerhin haben schweizerische Experten den Entwurf mit Kommissionsbeamten besprechen können. In der EFTA-Arbeitsgruppe ist die Schweiz seinerzeit aus technischen, also nicht politischen Gründen für die Idee eines Rahmenabkommens eingetreten, hat jedoch die Möglichkeit einer Assoziierung mit Bezug auf die EWG-Konvention trotz englischen Drängens nie ausgeschlossen. Zufolge der vorläufigen Aussichtslosigkeit, zu einer europäischen Patentlösung zu gelangen, hat seit etwa einem Jahr der "BIRPI"-Plan auch für die Schweiz Vorrang gegenüber einer allgemeinen Zusammenarbeit in der EFTA oder mit der EWG. Dadurch hat sie sich allerdings nicht davon abhalten lassen, für die Lösung von Einzelproblemen im EFTA-Rahmen zu plädieren; so wird zur Zeit ein schweizerischer Vorschlag zur Abschaffung des Ausübungszwanges studiert. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Schweiz eminent an einer internationalen, auch europäischen Zusammenarbeit im Bereich des Patentwesens interessiert und bereit ist, sämtliche geeigneten Kooperationsformeln zu prüfen.

H. Technologie

I. Les propositions allemandes

Dans sa note du 7 mars 1968, le gouvernement allemand envisage les formes de coopération suivantes:

- a) avec les seuls pays prêts à adhérer aux CE: coopération dans les domaines couverts par le traité de l'Euratom;
- b) avec les pays candidats et d'autres pays européens: coopération dans tous les domaines où notre continent souffre d'un retard technologique, en tenant compte des propositions belges du 29 février 1968 (voir Bulletin Europe du 3 mars 1968) et en évitant les doubles emplois avec des organisations européennes existant déjà (ELDO, ESRO, CERN etc.);
- c) avec les pays candidats et, peut-être (le texte n'est pas clair sur ce point), avec d'autres pays européens: coopération dans les domaines examinés par le "groupe Maréchal", conformément à la décision prise le 31 octobre 1967 par le Conseil des CE (informatique, télécommunications, nouveaux moyens de transport, océanographie, métallurgie, "nuisances", météorologie).

II. Avis de la commission

Dans son avis du 2 avril, la Commission suggère une coopération technologique limitée aux pays candidats. Cette coopération devrait porter d'abord sur des "projets ou programmes spécifiques" et pourrait être ensuite étendue "dans le cadre d'un accord se situant dans la perspective d'adhésion". La Commission ne veut toutefois pas que cet accord conduise à "une Communauté technologique distincte des Communautés actuelles en voie de fusion", car elle n'aimerait pas que des pays puissent adhérer à la première sans adhérer aux secondes.

III. Intérêt de la Suisse à une coopération scientifique et technique avec les Communautés européennes (CE)

1. L'importance de la recherche scientifique et technique est fortement ressentie par les milieux de l'économie suisse. Selon des estimations se fondant sur les renseignements du Vorort et du Conseil suisse de la science, l'industrie privée dépensera en 1968, pour des recherches effectuées aussi bien dans le pays qu'à l'étranger, près de 1,5 milliard de francs. Cela représente environ 3/4 de toutes les dépenses consacrées par la Suisse à la recherche scientifique et technique.

D'autre part, plusieurs grandes entreprises ont récemment opéré des concentrations, parfois même par-dessus nos frontières, afin notamment de mieux répartir les coûts et les risques toujours croissants de la recherche industrielle¹⁾.

Les milieux économiques suisses prennent donc dès à présent diverses mesures pour rester à la pointe du progrès, au moins dans les domaines où ils ont déjà quelque avance sur leurs concurrents étrangers. Ces mesures devront être multipliées, car leur utilité est certaine. Notre balance des brevets et des licences p.ex. semble en avoir déjà profité.

2. Dans les domaines où la recherche n'est pas toujours rentable pour les entreprises privées, mais revêt néanmoins une grande importance pour l'économie du pays en général, il est évident que les efforts de l'industrie privée doivent être complétés par l'intervention des pouvoirs publics. C'est ainsi que la Confédération, les cantons et les communes sont appelés à dépenser pour la recherche des sommes considérables, évaluées

1) Voir M. Schmidheiny, Unternehmenskonzentration in der Industrie, in Wirtschaftspolitische Mitteilungen Nr. 3, März 1968.

à 400 millions de francs pour 1968²⁾.

3. Comme les frais de la recherche subventionnée par les pouvoirs publics ne cessent d'augmenter, surtout dans certains domaines (recherches nucléaires, spatiales, aéronautiques), la Suisse cherche depuis assez longtemps déjà à partager ces frais avec d'autres pays. Jusqu'ici, elle l'a fait de préférence dans le cadre d'organisations scientifiques multilatérales³⁾. Il est intéressant de noter le parallélisme qui existe entre cette multiplication des initiatives de collaboration intergouvernementales et le développement des efforts de concentration dans l'industrie privée.

4. Un examen de l'activité des diverses organisations scientifiques où la Suisse est représentée révèle que la collaboration multilatérale est nettement plus intense dans le domaine de la recherche fondamentale que dans celui de la recherche appliquée. Comme les connaissances nouvelles acquises par la recherche appliquée sont d'un intérêt éminemment économique - alors que celles résultant de la recherche fondamentale n'ouvrent généralement pas de perspective de profit immédiat -, les Etats ont plus de peine à s'entendre sur la mise au point de programmes communs de recherche appliquée. Ils s'opposent en effet si fréquemment sur des points essentiels (détermination des secteurs prioritaires, modalités de financement, répartition des tâches, diffusion des nouvelles connaissances etc.), qu'il est pratiquement impossible de parvenir à un accord entre toutes les parties en présence. Les difficultés rencontrées récemment par l'ELDO (organisation européenne pour la construction de lanceurs de satellites) et la CETS (organisation européenne pour la construction de satellites de télécommunications) en ont fourni une nouvelle preuve.

2) A cela s'ajoutent 400 autres millions, qui sont destinés non pas à encourager la recherche proprement dite, mais à couvrir les dépenses pour l'enseignement dans les universités et autres hautes écoles.

3) La Division des organisations internationales établit actuellement une vue d'ensemble à ce sujet.

5. Il découle de ce qui précède que le cadre convenant le mieux à la collaboration internationale en matière de recherche appliquée semble résider dans des accords particuliers, limités à des projets précis et n'engageant que les Etats intéressés⁴⁾. Cela est confirmé par l'expérience récente des Communautés européennes, où plusieurs projets fort importants ont été élaborés par quelques Etats membres seulement, et souvent en coopération avec des Etats tiers (accords franco-anglais pour le projet Concorde, franco-allemand pour un projet de satellite de télécommunications dit "Symphonie", belgo-germano-hollandais pour un projet de "réacteur rapide" servant à la production d'énergie électrique, etc.). Les efforts des milieux communautaires pour coordonner ces initiatives bi- ou trilatérales n'ont guère progressé jusqu'ici. Il se peut toutefois qu'après les difficultés rencontrées dans la CETS, le projet "Symphonie" cesse d'être purement franco-allemand, pour devenir commun aux Six.

Dans ces conditions, il est difficile d'admettre que la collaboration scientifique entre les Six puisse jamais prendre la forme d'un programme général commun de recherche appliquée. Pour les pays tiers comme la Suisse, cela signifie qu'un accord avec l'ensemble des Six est peu probable dans ce domaine. Tout au plus pourrait-on concevoir une collaboration avec quelques Etats membres pour la réalisation de certains projets limités. En outre, la Suisse devrait s'abstenir, en raison de sa politique de neutralité, de participer à des projets de nature militaire.

6. Pour ce qui concerne la recherche fondamentale, il faut se demander si la Suisse a intérêt à collaborer avec les Six en dehors des organisations multilatérales auxquelles elle participe déjà. La réponse à cette question dépend en grande partie du progrès de la

4) Depuis que les travaux de l'Euratom se portent de plus en plus vers la recherche appliquée, ce phénomène se manifeste aussi dans un domaine - la recherche nucléaire - où la collaboration entre les Six paraissait assez facile. L'Euratom est en effet en pleine crise.

coopération entre les Six sur le plan de la recherche fondamentale et de la mesure dans laquelle les Six sont disposés à communiquer aux Etats tiers les connaissances nouvelles découlant de cette coopération. Si les progrès des travaux communautaires restent aussi faibles que jusqu'ici⁵⁾, une participation de la Suisse ne revêtirait qu'un intérêt restreint⁶⁾.

On peut toutefois s'attendre que le caractère particulier de la recherche fondamentale (intérêt économique moindre, coûts en général moins élevés que ceux de la recherche appliquée) permettra aux Six d'intensifier leur collaboration sur ce plan, une fois que le "groupe Maréchal" aura achevé le travail de prospection dont le Conseil des CE l'a chargé en octobre 1967. Rappelons que ce comité - dont les travaux sont aujourd'hui bloqués par la Hollande et l'Italie - doit étudier les possibilités de coopération dans les domaines suivants: informatique, télécommunications, nouveaux moyens de transport, océanographie, métallurgie, "nuisances" (lutte contre le bruit, la pollution de l'air, etc.) et météorologie. La Suisse pourrait éventuellement se joindre aux Six pour des recherches dans tel ou tel de ces secteurs. Mais, en attendant, il importe que notre pays continue de participer activement aux travaux des organisations multilatérales où il est déjà représenté.

5) Des travaux communautaires n'ont été entrepris jusqu'à présent que dans le cadre de l'Euratom (recherche nucléaire) et de la CECA.

6) Il est cependant permis de se demander si des pays tiers n'ayant aucunement participé aux recherches communautaires peuvent vraiment tirer tout le parti possible des résultats publiés au terme de ces recherches.